

## Korrekturen beim Zentralen Schülerregister

**Was als Schutz vor Vernachlässigung von Kindern gedacht war, soll nicht zur Suche nach Kindern ohne legalen Aufenthaltsstatus missbraucht werden – die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat Korrekturen beim Umgang mit dem Zentralen Schülerregister gefordert.**

Bülent Ciftlik, SPD-Fachsprecher für Migration, betonte, der Datenabgleich zwischen dem Schülerregister und den Daten des Meldeamtes sei zwar richtig, „denn so können die Behörden verhindern, dass – wie im Fall der verhungerten Jessica in Jenfeld – das Verschwinden eines Kindes niemandem auffällt.“ Auch sei das Ziel gut, sicher zu stellen, dass alle in Hamburg gemeldeten Kinder eine Schule besuchen. „Die Intention für das Schülerregister war jedoch nicht, mit diesem Datenabgleich die Suche nach Kindern ohne legalen Aufenthaltsstatus einzuleiten und technisch zu optimieren“, sagte Ciftlik. Die Schulpflicht gelte in Hamburg für jedes Kind, unabhängig von seinem Aufenthaltsstatus. „Auch Kinder ohne legalen Aufenthaltsstatus sind schulpflichtig.“

Der SPD-Politiker wies auf Fälle hin, in denen Kinder ohne legalen Aufenthaltsstatus nach Datenabgleich mit den Meldeämtern erfasst wurden und denen nun die Abschiebung droht. „Die Folge ist, dass viele Eltern ihre Kinder aus Angst vor Übermittlung ihrer Daten gar nicht erst zur Schule anmelden. Diese schulpflichtigen Kinder sind teils über Jahre

von Bildungs- und Sozialisierungsprozessen ausgeschlossen. Sie haben ihre Lebenssituation nicht herbeigeführt, sondern tragen – manchmal ein Leben lang – die Folgen der Entscheidungen ihrer Eltern.“

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion fordert deshalb, dass die gezielte Suche nach Kindern ohne legalen Aufenthaltsstatus über das Zentrale Schülerregister unterbleibt. Eltern, die in Hamburg leben und ihre Kinder hier an einer Schule anmelden wollen, sollen nicht mehr aufgefordert werden, entsprechende Meldebescheinigungen oder Passdokumente einzureichen. Darüber wird auf Antrag der SPD jetzt der Schulausschuss beraten.



## Kinderschutz hat Vorrang

**Nach dem Hungertod der kleinen Jessica im März 2005 hat der Sonderausschuss „Vernachlässigte Kinder“ Vorschläge für einen besseren Kinderschutz erarbeitet. Drei Jahre nach Ende der Ausschussarbeit hat der Senat seine Hausaufgaben in Sachen Kinderschutz aber noch immer nicht gemacht. Auch nach dem Eintritt der GAL in die Regierungsverantwortung hat die CDU-geführte Sozialbehörde einstimmige Beschlüsse der Bürgerschaft für mehr Kinderschutz nicht umgesetzt. Hier treibt die SPD Schwarz-Grün zum Handeln.**

Wie ist es um den Kinderschutz in Hamburg bestellt? Es gibt weder eine Verbindlichkeit für Vorsorgeuntersuchungen – die so genannten U-Untersuchungen – noch eine ausreichende Stärkung der Allgemeinen Sozialen Dienste. „Es gibt weiter erschreckende Fälle von Vernachlässigung oder Misshandlung von Kindern“, fasst SPD-Familienexpertin Carola Veit zusammen. Die SPD halte an ihrem Ziel fest, den Kinderschutz in Hamburg zu verbessern. „Verbindliche U-Untersuchungen können dazu ein wichtiger Beitrag sein“, sagte Veit.

Die Bilanz von Schwarz-Grün beim Thema Kinderschutz ist ernüchternd. Vorsorgeuntersuchungen sind in unserer Stadt immer noch nicht verbindlich, es gibt lediglich begrenzte Modellprojekte für einzelne U-Untersuchungen. „Die Folge: In vielen Stadtteilen wird jedes dritte oder vierte Kind nicht zu Ärztin oder Arzt gebracht“, sagte Veit. Besonders schlimm: Hamburg wird bald das einzige Bundesland ohne verbindliche Vorsorgeuntersuchungen sein.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat Alternativen zum Regierungs-(Nicht)-Handeln vorgestellt. „Wir wollen verbindliche Vorsorgeuntersuchungen für Kinder in allen Hamburger Stadtteilen – nicht, weil wir den Eltern misstrauen, sondern weil wir möglichst große Sicherheit für Kinder erreichen wollen“, sagte Veit. Gleichzeitig müssten die Allgemeinen Sozialen Dienste personell verstärkt werden. Hätte Hamburg verbindliche Vorsorgeuntersuchungen, würden Kinder wiederholt auch auf mangelhafte Versorgung, Krankheit oder Misshandlung untersucht, betonte die Abgeordnete. „Die SPD will diese verbindlichen U-Untersuchungen. Für die SPD hat Kinderschutz Vorrang.“

### → INFO

Möchten Sie:

- den Rathaus-Report bestellen.
- den E-Mail-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen.
- den Bildungs-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen.
- eine Sitzung der Bürgerschaft besuchen.
- Kontakt zu Angeordneten aus Ihrem Stadtteil aufnehmen?

Dann schreiben Sie uns:

SPD-Bürgerschaftsfraktion  
Hamburger Rathaus (3. Stock)  
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
Tel.: 428 31 13 25, Fax: 428 31 24 35  
E-Mail: info@spd-fraktion-hamburg.de

## Rathaus-Report

Nr. 02/2009



**HSH Nordbank:**  
SPD übernimmt Verantwortung

**Kinderschutz:**  
SPD treibt Schwarz-Grün zum Handeln

**Neues Veranstaltungsformat:**  
poliTisch – jeden 3. Sonntag im Monat

## HSH Nordbank

**Es dürfte für viele Bürgerschaftsabgeordnete die schwerste Entscheidung ihrer politischen Laufbahn gewesen sein: Das 13-Milliarden-Sanierungspaket für die angeschlagene HSH Nordbank. Denn es gibt keine Garantie für einen Erfolg des Pakets. „Aber es gab lediglich Alternativen, die unsicherer und noch viel teurer gewesen wären“, betonte SPD-Fraktionschef Michael Neumann in der Bürgerschaft.**

Die von den vier Bürgerschaftsfraktionen benannten Sachverständigen hatten unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung der Bürgerschaft Anfang April für das Sanierungspaket plädiert. „Die Experten sind sich einig, dass eine Schließung der Bank wegen der Gewährträgerhaftung deutlich teurer und riskanter ist als eine Fortführung mit einem neuen Geschäftsmodell und klaren Vorgaben“, so der SPD-Finanzexperte Peter Tschentscher nach der Anhörung. Die SPD hat also Verantwortung übernommen und dem Paket zugestimmt, knüpfte ihre Zustimmung aber an einige Forderungen (s. S. 2). Diese wurden von den Regierungsfractionen von CDU und GAL akzeptiert und das Paket so mit einer großen Mehrheit verabschiedet. „Natürlich besteht die Gefahr, dass CDU und GAL uns mitverantwortlich



Abbildung: HSH Nordbank

machen, wenn das Sanierungspaket nicht greift“, räumte Neumann ein. „Aber wir übernehmen auch in der Opposition Verantwortung – und wir tragen ein Konzept mit, das wir verbessert haben und zu dem weder wir noch externe Fachleute eine vernünftige Alternative sehen.“ Inzwischen hat auch die EU-Kommission grünes Licht gegeben und das Sanierungskonzept genehmigt. Neumann betonte, unmittelbar Leidtragende der HSH Nordbank-Krise seien in erster

Linie ihre rund 4000 Beschäftigten und deren Familien.

Für die SPD-Bürgerschaftsfraktion bedeutet die Zustimmung zum Sanierungspaket aber auch keinen Freibrief für die verantwortlichen Politiker, die die HSH Nordbank an den Rand des Ruins gebracht haben. Folgerichtig hat die SPD einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Fehlentwicklung bei der HSH Nordbank eingerichtet. Dieser soll die Versäumnisse und Fehl-

schätzungen der Vergangenheit aufklären und gleichzeitig Wege aufzeigen, wie eine verhängnisvolle Entwicklung wie bei der HSH Nordbank zukünftig verhindert werden kann. Insbesondere CDU-Finanzsenator Michael Freytag und sein Vorgänger Wolfgang Peiner stehen bei der Aufklärung der Krise im Mittelpunkt des Interesses. „Freytag hat die Lage der Bank viel zu lange schön geredet. Das hat schon vor der letzten Bürgerschaftswahl begonnen, als er behauptete, die Bank sei von der Finanzkrise nicht betroffen“, sagte Tschentscher. Auch hatte er noch im Oktober letzten Jahres gesagt, die HSH Nordbank sei „im Kern gesund“. Diese Fehleinschätzung und sein gesamtes Krisenmanagement haben dazu geführt, dass es um den Finanzsenator und CDU-Landeschef längst einsam geworden sei.

**+++ Hilmar Kopper soll Aufsichtsratsvorsitzender der HSH Nordbank werden +++ Verkauf von Immobilien kommt der Stadt teuer zu stehen: Mieten für zurückgemietete Büroflächen steigen +++ Steuerschätzung: Senat plant über 4 Milliarden Euro neue Schulden +++ Konzernbilanz: Rechnungshof bestätigt SPD-Vermutung der Zahlentrickserei +++**

## Das Hilfspaket für die HSH Nordbank

Das von der Bürgerschaft beschlossene Hilfspaket sieht die Gründung einer gemeinsamen Anstalt öffentlichen Rechts für Hamburg und Schleswig-Holstein vor. Die Anstalt garantiert Werte in der Bilanz der Bank in Höhe von 155 Milliarden Euro durch eine Verlustübernahme von bis zu 10 Milliarden Euro. Weiter wurde eine Finanzspritze in Höhe von drei Milliarden Euro beschlossen. Im Idealfall kämen

damit keine zusätzlichen Belastungen auf die Steuerzahler zu. Nur durch diese Maßnahmen konnte eine zwangsweise Schließung und Abwicklung der HSH Nordbank vermieden werden. Die finanziellen Risiken einer Abwicklung wären – so Experten – größer als die der 10 Milliarden-Garantie und die Zahlung von 3 Milliarden. Bank und Senat gehen davon aus, dass die HSH Nordbank spätestens ab 2012



wieder Gewinne macht. Sollte das nicht eintreten und die Finanzkrise anhalten, geriete die Bank erneut in Schieflage. Über das finanzielle Hilfspaket hinaus wird sich die HSH Nordbank

langfristig von der Hälfte ihrer Geschäfte trennen. Vor allem risikoreiche Wertpapiere und das internationale Immobiliengeschäft sollen separiert und abgebaut werden.

## Zentrale Forderungen aus dem SPD-Antrag

- ... frühzeitige, umfassende und fortlaufende Information der Bürgerschaft bzw. ihres Haushaltsausschusses über die Entwicklung der Geschäftstätigkeit und des Kernkapitals der HSH Nordbank AG zu gewährleisten.
- Die Verpflichtung zur Tilgung von der Anstalt aufgenommener Kredite aus den zukünftigen Erträgen (...) bis zum Jahr 2020 (...) festzuschreiben.
- ... die Vergütung eines Vorstandsmitglieds der HSH Nordbank AG höchstens 500.000 Euro pro Jahr betragen darf. Der Vorstand der Bank ist zu verkleinern. Abfindungen an Vorstandsmitglieder sollen nur im Rahmen gesetzlicher Ansprüche geleistet werden. Für die Laufzeit der Garantie dürfen dem Vorstand und dem leitenden Management keine Boni gezahlt werden. Die Bank gewährt Aufsichtsratsmitgliedern keine Organkredite.
- ... die HSH Nordbank AG eine weitgehende und transparente Trennung in eine Kernbank und eine Abbaubank vornimmt.
- ... eine Verpflichtung der Bank und ihrer Anteilseigner, den Einstieg des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) (...) hinsichtlich zukünftiger Kapital- und Garantiebedarfe vorsorglich vorzubereiten und zu verfolgen (...)
- ... eine Verpflichtung der HSH Nordbank zum Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen.
- ... das Ziel einer Integration der HSH Nordbank in eine wirtschaftlich dauerhaft tragfähige und stabile Einheit unter Wahrung des Standorts und der Arbeitsplätze der Bank.
- Die Verantwortung für die eingetretene Schieflage der HSH Nordbank und die erheblichen finanziellen Folgen für die Freie und Hansestadt Hamburg ist aufzuklären. Die personellen und organisatorischen Konsequenzen sind zu ziehen.

### Lage der HSH

Risikoaktiva im Verhältnis zur Bilanzsumme

(Zahlen für 2007 in Milliarden Euro)



## Chronik der HSH Nordbank

- 06/2003: Gründung der HSH Nordbank durch Fusion der Hamburgischen Landesbank mit der Landesbank Schleswig-Holstein.
- 11/2007: HSH meldet Rekordergebnis und räumt erstmals Belastungen aus US-Immobilienkrise ein.
- 09/2008: Abschreibungen der HSH Nordbank für erstes Halbjahr betragen 511 Millionen Euro. Nach Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers kommen 500 Millionen Euro Abschreibungen hinzu.
- 11/2008: HSH Nordbank beantragt Staatsbürgschaften von bis zu 30 Milliarden Euro. Die Bank weist für Quartal I bis III erstmals Verlust auf.
- 12/2008: Neuausrichtung: Die Bank soll 750 Stellen abbauen und die Bilanzsumme von mehr als 200 auf 120 Milliarden Euro verringern. Weitere Abschreibungen von 450 Millionen Euro.
- 02/2009: Vorläufiger Jahresverlust 2008 laut Bank 2,8 Milliarden Euro.
- 17.02.2009: HSH Nordbank schlägt Neuausrichtung des Geschäfts, Eigenkapitalspritze von drei Milliarden Euro sowie Schutzgarantien der beiden Länder von zehn Milliarden Euro vor. 1.100 statt 750 Arbeitsplätzen sollen abgebaut werden.
- 18.02.2009: HSH Nordbank bestätigt trotz Verlusten weitere Ausschüttung von 200 Millionen Euro.
- 24.02.2009: Hamburg und Kiel beschließen von der Bank geforderte Kapitalerhöhung und Schutzgarantien.
- 1. April 2009: Bürgerschaft beschließt mit der Gründung der Rettungsanstalt Kapitalerhöhung und Schutzgarantien. Sie fordert auf Initiative der SPD unter anderem einen Anstieg des Anteils der Länder auf 85%, eine Kürzung der Vorstandgehälter, die Abschaffung von Organkrediten, eine verbindliche und transparente Trennung der HSH in eine Kern- und eine Abbaubank.

## Bürgerrechte für Behinderte: UN-Konventionen in Hamburg umsetzen

Die SPD-Fraktion hat die Verabschiedung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen in der Hamburgischen Bürgerschaft zum Thema gemacht.

Mit der Konvention wird die Rechtsstellung dieser Menschen weltweit auf einer völkerrechtsverbindlichen Ebene festgeschrieben. Mit der Unterzeichnung der Konvention hat sich auch Hamburg dazu verpflichtet, den Leitgedanken der „Inklusion“ dem staatlichen Handeln zugrunde zu legen und die Selbstbestimmung, Diskriminierungsfreiheit und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung zu verwirklichen. Hamburg ist jetzt gefordert, behinderte Menschen als Bürgerinnen und Bürger anzuerkennen, nicht als Hilfeempfänger. Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hat die SPD-Fraktion zwei Anträge in die Hamburgische Bürgerschaft eingebracht, die nun in den Fachausschüssen beraten werden.

Wir wollen damit erreichen, dass der Leitgedanke der Inklusion auch dem staatlichen Handeln in Hamburg zugrunde gelegt wird. Weiter haben wir den Hamburger Senat aufgefordert, sicher zu stellen, dass jedem behinderten Kind der Besuch von Regelschulen ermöglicht wird.

## TERMINE

### politisch

**Der SPD-Polit Talk mit Michael Neumann und wechselnden Abgeordneten zu aktuellen Themen.** Jeden 3. Sonntag im Monat, 11-13 Uhr, Schauspielhaus-Kantine, Kirchenallee 39, 20099 Hamburg  
Anmeldung und Fragen: [poliTisch@spd-fraktion-hamburg.de](mailto:poliTisch@spd-fraktion-hamburg.de)  
**Nächster Termin: 21. Juni;** Thema: Hamburg macht Schule – nur wie?! Mit dem Schulexperten Ties Rabe

**Fraktion im Dialog: Ratschlag Altenpflege:** Mittwoch, 1. Juli, 17 Uhr, Kaisersaal, Hamburger Rathaus

**Fraktion im Dialog: Zeitarbeit:** Mittwoch, 15. Juli, 17 Uhr, Kaisersaal, Hamburger Rathaus

**Podiumsveranstaltung und Empfang zum Christopher Street Day:** Dienstag, 4. August, 17 Uhr, Kaisersaal, Hamburger Rathaus

**Teilnahme am MOPO Staffellauf:** Donnerstag, 27.8., 17:30 Uhr, Stadtpark

## → PRESSESPIEGEL

„Das Zähneknirschen war fast noch auf der Pressetribüne zu hören, als CDU, GAL und SPD dem Rettungsplan für die HSH Nordbank zustimmten.“ – „Der von der SPD angekündigte Untersuchungsausschuss ist notwendig.“

**Bild Hamburg, 02.04.2009**

„Eine Entscheidung zwischen Pest und Cholera. Das Risiko für Hamburg ist bei einer Insolvenz der HSH Nordbank aber um ein Vielfaches höher als bei dem vorgeschlagenen Rettungspaket.“

**Die Welt, 02.04.2009**

„Es gab keine Alternative“ – „Der gemeinsame Antrag zum Rettungspaket (...) stammt fast komplett von den Sozialdemokraten.“

**Hamburger Abendblatt, 02.04.2009**

„Der PUA ist gerechtfertigt. Sinnvoll war er, wenn er dazu führt, dass die Politik wieder über Ökonomie entscheidet. Und nicht umgekehrt. (...)“

**Tageszeitung, 02.04.2009**

„Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss soll die Verantwortlichen für die HSH-Nordbank-Krise benennen. Für den ‚Schön-Redner‘ Michael Freytag könnte es eng werden.“

**NDR 90,3, 04.04.2009**

„Dass von Beust bei dem unangenehmen Thema in der Bürgerschaft abtaucht, kann man aus PR-Gründen sogar verstehen. Aber dieses Verhalten ist eines Regierungschefs unwürdig. Und es zeigt, mit welcher Geringschätzung von Beust das Parlament offenbar betrachtet.“

**Hamburger Morgenpost, 03.04.2009**